

Saarbrücken, den 30.12.2022

PRESSEMITTEILUNG

SSGT: Außenstelle zur Landesaufnahmestelle bleibt richtig und wichtig

Zur Einordnung einer aktuellen Medienberichterstattung zum sog. Containerdorf des Landes zur Unterbringung Geflüchteter in Emsdorf erläutern der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT), Oberbürgermeister Jörg Aumann und der Stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Prof. Dr. Ulli Meyer:

„Der Aufbau einer Dependence zur Landesaufnahmestelle bleibt angesichts der aktuellen, dynamischen Lage richtig und wichtig. Wir sind froh, dass das Land die Aufnahmekapazitäten in Landeseinrichtungen erhöhen wird. Dies wird dazu beitragen können, dass die Geflüchteten nicht noch schneller als ohnehin schon auf die Kommunen verteilt werden, wo kaum noch privater Wohnraum zur Verfügung steht. Wir brauchen Zeit und Geld zur Herrichtung von Wohnraum.“ Es sei dabei klar, so die Verantwortlichen des SSGT, dass ein Containerdorf nur eine vorübergehende Unterbringung sicherstellen kann. „Bei einer entsprechenden Bleibeperspektive bleibt das Ziel die Unterbringung und Integration der Geflüchteten vor Ort in den Kommunen. Bei derart hohen Zugangszahlen wie seit vielen Wochen und Monaten braucht es aber Zwischenlösungen. Dabei ist ein Containerdorf eine sinnvolle Möglichkeit, wobei auch jeder weiß, dass eine solche Unterbringung nicht von Dauer sein kann.“ Gemeinsam wolle man – Land und Kommunen – aber verhindern, dass flächendeckend Sporthallen in den Kommunen belegt werden. Die saarländischen Kommunen leisteten im Jahr 2022 bei sehr begrenzten Ressourcen mit großem Einsatz einen wichtigen humanitären Beitrag durch die Unterbringung und Versorgung von mehr als 14.000 Geflüchteten aus der Ukraine. Man arbeite überall im Saarland mit Hochdruck daran, im Jahr 2023 neue zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Kommunen könnten aber auch niemanden zwingen, privates Eigentum als Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen. „Der Bund ist gefordert, die Zugangsströme bestmöglich zu steuern und hierfür europäische Lösungen einzufordern. Ansonsten werde weitere Kommunen auch größere Gemeinschaftsunterkünfte schaffen müssen.“